

Ercheint täglich zweimal: Sonntag nur morgens, Freitag nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt Morgen - Ausgabe

Stadt-Expeditionen SW. Berlin, Wilhelmstr. 48/49...

Chef-Redakteur: Karl Volkhard, Berlin W. Verlag: Druck: Rudolf Hoffe, Berlin SW.

Der Sultan dankt nicht ab.

Eine Verständigung zwischen Jungtürken und Regierung.

Wie bereits aus den im letzten Abendblatt von uns wiedergegebenen Meldungen aus Konstantinopel zu entnehmen war, wird es aller Voraussicht nach nicht zu einem Kampf zwischen den aus Mazedonien gegen die türkische Hauptmacht vorgerückten jungtürkischen Truppen und den Garnituren in Konstantinopel kommen.

Der bereits gemeldete Umschwung in der Auffassung der maßgebenden türkischen Kreise hat zur Verständigung zwischen der Regierung und der Leitung der mazedonischen Truppen geführt. Folgendes ist die Grundlage zu dieser Verständigung: Die Abziehung des Sultans wird falllos geschehen. Der größte Teil der Konstantinopeler Garnison wird entlassen und durch Salonitische Truppen ersetzt.

Ein weiteres Telegramm aus Konstantinopel meldet: Generalkommandant ist, daß die am Dienstag erlassene Proklamation der Salonitischen Armee nicht nur von Kriegs- und Marineministerialen aller Konstantinopeler Truppen, sondern auch von der Spitze aller Zivildepartements mitgeteilt worden ist.

Wahrscheinlich werden bei der Abreise der Truppen etwa 200 verdächtige Personen, darunter einige erlesene Offiziere, verhaftet. Der Kriegsminister und der Korpskommandant, die demissioniert hatten, haben auf Drängen des Sultans ihr Entlassungsgesuch wieder zurückgezogen.

262 Offiziere ermordet!

Da nach dem Ausbruch der Meuterei der Konstantinopeler Garnituren in Konstantinopel die schärfste Telegrammzensur angeordnet wurde, sind viele wichtige Ereignisse der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Jetzt werden Einzelheiten bekannt, die darauf schließen lassen, daß die meuternden Truppen auf das blutige Schlachtfeld von Oran aufsteigen gegen die der jungtürkischen Bewegung ergebenen Offiziere vorgegangen sind.

Die Zahl der in der letzten Woche ermordeten jungtürkischen Offiziere wird jetzt auf 262 angegeben. Von ihnen sind vor dem Zildis ermordet worden.

Die Operationen der Komitè-Truppen. Die „Ain Zeituna“ meldet aus Konstantinopel vom gestrigen Tage: Es ist sehr an der Anatolischen Bahn ist von Truppen des dritten Korps besetzt worden, die aber Sympathie gefunden sind, um jede Hilfeleistung für das absolute Regime aus allen zu verhindern und nötigenfalls auf Konstantinopel vorzurücken.

In der Nacht zum Mittwoch sind bedeutende Verstärkungen aus Adrianopel für die Komitè-Truppen angekommen, die jetzt 38 Bataillone, 72 Geschütze und 15 Schwadronen ohne die Freiwilligen zählen.

Ueber die Salbung der Marinetruppen meldet noch ein Telegramm aus Konstantinopel: Die Salbung der Flottille einiger Kriegsschiffe ist noch nicht ganz abgeschlossen. Am Montag soll die Flottille des Panzerkreuzers „Meschije“ vor dem Zildis demonstriert und verprochen haben, sich für den Sultan zu erklären.

Die letzten türkischen Presse - auch jene Blätter, deren Salbung in der letzten Zeit zweifelhaft war - erklärt die Verlosung für gesichert. Die Depuirtiertenkammer hielt gestern in Konstantinopel eine kurze geheime Sitzung ab, der etwa 100 Depuirtierte bewohnten.

Die Depuirtiertenkammer hielt gestern in Konstantinopel eine kurze geheime Sitzung ab, der etwa 100 Depuirtierte bewohnten. Dem Beschlusse nach haben in der Sitzung die Depuirtierten, die mit der heranziehenden Armee in Verbindung gekommen sind, über ihre Mission berichtet. Einige Abgeordnete sollen

sternmal die Verlegung des Sitzes der Kammer nach San Stefano gefordert haben, was von mehreren anderen Depuirtierten bekämpft worden sei. Ein Beschluß sei nicht gefaßt und wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses sei die Sitzung aufgehoben worden.

Der Diebstahlsfall des Sultans, Prinz Mehmed Burhaneddin-Effendi, den, wie wir mitgeteilt haben, die öffentliche Meinung als bei den letzten Ereignissen kompromittiert betrachtet, hat an einige Blätter ein Schreiben gerichtet, worin er das Gerücht für falsch erklärt, daß er sich vorige Woche unter die vor dem Zildis demonstrierenden Aktivistinnen gemischt habe.

Ueber die Stimmung in den Provinzen wird aus Konstantinopel noch berichtet: Außer den Ministern Salonihi, Kestabi, Monarir, Abdianopel und Janina erkennen auch vier Ministern in Alesinon die Regierung nicht an. Sie weisen ihre Befehle zurück. Der Korpskommandant von Salonihi hat sich an alle Korpsbereiche gewandt und sie zum Aufstand aufgefordert.

In Syrien ist die Bevölkerung wegen der Vorgänge in der Hauptstadt auf Aufruhr erregt. Sie ziang den Jerusalemer Gouverneur und den Jossaf Ainnam auf sich, daß sie an der Verfassung festhalten und keine Steuern nach der Hauptstadt entrichten, bis die Verfassungsorgane des Ministeriums schicklich.

Die Megeleien in Anatolien.

Im Distrikt Nizyep greifen die Inhaberskinder weiter um sich; in Anatolien und Biredschik kam es zu Ausschreitungen. Die Engländer und andere Fremde hielten in das englische Konsulat. Der englische Kreuzer „Diana“ fuhr in Alexandria 50 Mann gelandet.

Die Ingenieure des Holzmannschen Baugeschäftes aus Frankfurt a. M., die beim Bagdadbahnbau in Bagdad, offiziell noch in Mesopotamien, sind mit ihren Familien gerettet. Auf das dringende Betreiben der Direktion der Bagdadbahn hatten die Behörden Truppen gesandt, die die Ingenieure vor der Niederlegung durch Araber retteten.

In Mexiko ist gestern der deutsche Kreuzer „Soreley“ als erstes Kriegsschiff eingetroffen. Jetzt ist in Mexiko alles ruhig, aber die Lage ist noch nicht sicher. Die Fremden aus Mexiko sind gerettet und gemeint in Mexiko. Zwei englische Missionare sollen ermordet sein.

Die amerikanische Regierung beschloß, die Kreuzer „North Carolina“ und „Montana“ aus Westindien nach Mexiko zu senden, um Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger in Mexiko zu schützen. Die Schiffe werden freilich wohl ankommen, wenn alles vorüber ist. Die amerikanische Presse verlangt daher, wie aus New-York berichtet wird, daß fünfzig amerikanische Schiffe im Mittelmeer stationiert werden sollen.

Wahre Hungersnotpreise

sind jetzt für Brotgetreide zu zahlen. Abgesehen von den hohen Getreidepreisen, die man den Agrariern auf den Leib geschneidet hat, ist es das Einfuhrschiffsystem, das den Agrariern die Wahrgenisse für Getreide garantiert. Auf den verderblichen Umweg dieser Scheine haben wir wiederholt hingewiesen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß, bevor der Reichstag in die Ferien ging, der freireichliche Abgeordnete Dr. Hlala mit fünfzig anderen Reichstagsmitgliedern eine Resolution folgenden Inhaltes eingebracht hatte:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Reichstage ungefragt eine Vorlage zu machen, durch die der § 11 des Zolltarifgesetzes dahin abgeändert wird, daß 1. die Geltungsdauer der Einfuhrschiffe auf höchstens drei Monate herabgesetzt wird; 2. die Geltung der Einfuhrschiffe zur Zollentrichtung auf die Warenartung beschränkt wird, für die bei der Ausfuhr der Einfuhrschiffe erteilt worden ist.

Den Inhalt zu dieser Resolution hat in erster Reihe die jetzige Steigerung der Getreidepreise gegeben; denn obwohl Deutschland im letzten Jahre eine gute Ernte auszuweisen hatte, haben bei uns die Preise das Niveau einer Teuerungperiode erreicht wie es nur selten zu beobachten war. Eine Gegenüberstellung der jetzigen Getreidepreise an den wichtigsten Plätzen ergibt folgendes Bild:

Table with 3 columns: Location (Berlin, New-York, Chicago, Liverpool, Hamburg, Budapest, Odessa, Buenos Aires), Unit (Meigen per Mai), and Price (245,25; 203,70; 185,80; 207,50; 206,80; 248,85; 190,40; 185,10).

Wo Deutschland, abgesehen von Budapest, wo in diesem Jahre außerordentlich günstige Verhältnisse herrschen, an der Spitze aller Staaten in Bezug auf die Höhe der Getreidepreise! Dabei ist es bemerkenswert, daß der Pariser Ge-

treidepreis um circa 38 Mark niedriger steht als der Berliner, trotzdem in Paris die Qualität der Vorratensware besser ist als in Berlin, und Frankreich höhere Weizenquoten hat als Deutschland! Dieses auffallende Verhältnis leitet von selbst den Blick auf das in Deutschland bestehende 3/0 L P r a m i e n v e r h ä l t n i s, das, wenn auch nicht alle, jedoch den größten Teil der Schuld an den heutigen Hungersnotpreisen hat, und gegen das sich der Antrag Wladislaw richtet. Denn die Tatsache, daß Frankreich so wesentlich niedrigere Preise hat als Deutschland, rührt zum größten Teile daher, daß Frankreich keine Zollrückvergütung kennt. Es kann die Erzeugnisse seiner Landwirtschaft

nicht nach dem Auslande verschleudern. Frankreich genießt vielmehr den Segen seiner eigenen Ernte und ist daher nicht so sehr von den Schwankungen des Weltmarktes abhängig. Deutschland dagegen hat normal hohe Preise, weil in New-York einige Spekulantensich zusammengeschlossen haben, um einen Corner zu infizieren.

Muß es nicht den schärfsten Widerspruch hervorgerufen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß deutsche Getreidehändler heute Weizen mit 200 Mark (unvervoll) aus dem Auslande einführen, nachdem sie kurz vorher den deutschen Weizen mit 160 Mark an das Ausland verschleudert haben? Graf Kanitz hat sich vor einiger Zeit im Reichstage darüber bedauert, daß das Kohlenhandels seine Kohlen im Auslande billiger verkaufe als in Deutschland. Daß aber deutsche Landwirte ihr eigenes Getreide an das Ausland um 50 bis 55 Mark pro Tonne unter Benutzung von Einfuhrschiffen und Exporttarif billiger absetzen als nach Deutschland, dafür findet Graf Kanitz keine Worte des Tadels.

Es ist eine ähnliche Widerspruch hat unter Einfuhrschiffen seit Abschaffung des Identitätsnachweises und seit der letzten Zollserhöhung hervorgerufen. Seine Wirkungen sind im wesentlichen folgende:

- 1. es verteuert unser heimisches Getreide. 2. dem Inlande wird die Ware entzogen, die später zu höheren Preisen wieder eingeführt werden muß. 3. das Ausland erhält die deutsche Ware billiger als Deutschland. 4. bei einer Mehranfuhr (wie beispielsweise bei Roggen in diesem Jahre) wird die Staatskasse belastet.

Kann der Widerspruch, den die Ungerechtigkeit der agrarischen Wirtschaftspolitik schlagender dargelegt werden? Ein ganzes Notpreisse für die Konsumenten, Liebesgaben über Liebesgaben für die Agrarier! Das ist deutsche „Sozialpolitik“!

Der Reichstag

hat gestern in namentlicher Abstimmung mit erdrückender Mehrheit die Petition um Hinausschiebung des Termins der Aufhebung der städtischen Lebensmittelpreise bis zum 1. April 1918 verworfen, indem er dem Antrag der Kommission auf Hebung zur Tagesordnung zustimmte. Vorher stellte noch Herr Erdberger fest, daß das Zentrum auch anders kann, als vorgelesen Herr Speck wünschte, indem er mit Begeisterung aufrief: Weg mit dem Likör! und mit Aufschluß an die geistliche Woge der Finanzkommission gegen die Regierung den Schicksal recht billig den Hat erteilt, es solle seine Agitation statt für neue Steuererlasse für die Erhaltung bestehender infizieren.

Der polnische Antrag wegen der Freiheit des Grunderwerbes wurde in dritter Lesung ebenfalls vom Zentrum, den Freireichlichen und den Sozialdemokraten angenommen. Es folgte als letzte Nummer der Tagesordnung ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung, der größeren Schutz für das Grundrecht der Anmann unter gegenwertigen rechtlichen Aufsicht begründet wurde. Alle Redner stimmten dem Antrag zu, ließen aber durchblicken, daß der Antragsteller offene Türen damit einreime, denn die Angelegenheit werde bei der bevorstehenden Revision des Patentgesetzes zur Förderung gelangen. Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen. Heute steht der freireichliche Antrag betreffend die Einfuhrschiffe auf der Tagesordnung.

Mit der Ostmarkenpolitik

befähigt sich das Abgeordnetenhaus in seiner gestrigen ersten Sitzung nach den Kriterien gelegentlich der zweiten Lesung des Gesetzes der Anlieferungsformifikation. Der polnische Abgeordnete Dr. Sedya führte bittere Klage über die letzte Anlieferungsformelle und das Entgegnungsgele. Den parlamentarischen Standpunkt betrat der Abgeordnete G. L. (natl.). Vom Abgeordneten Wolff-Bissa (fr. Jg.) wurden Beschwerden laut über die Diskretionierung der Schulz-Zelbstschonenschen durch Regierungsvornahme zugunsten der agrarischen Reichstags-Mitglieder. Diese Vornahme der Anlieferer müsse aufhören. Nicht interessant waren die Mitteilungen des freireichlichen Redners über die freihändige Verpadung der guten Jagden auf Anlieferungsgeletern zu niedrigen Preisen an Regierungsbeamte! Der Redner erklärte sich bereit, Namen zu nennen. Stofflich erfährt man noch Näheres über diesen eigenartigen Handel.

Im weiteren Verlauf der Debatte wandte sich noch der Abgeordnete Strödel (sp.) gegen die Potentpolitik der Regierung; unter der förmlichen Freiheit des Hauses teile er dem Fall eines Gesetzes mit, der genehmigt worden sei, weil der im Gebiet Polnisch gesprochen habe. Dann wurde die Weiterberatung auf heute vertagt.





